

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:  
Gebr. Kerschb., Dresden  
und östf. Staatsbank.

Viele Blätter enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangiergeld mit den wöchentlichen Beilagen „Nach-er Arbeit“ und „Woll und Feil“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 80 Goldpf., die 20 mm breite Reflamzeile 150 Goldpf., für auswärtsige Anzeigen 25 und 300 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Reisegeld 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Goldpf.

Nr. 292

Dresden, Montag den 15. Dezember 1924

35. Jahrg.

## Das Zentrum als Zuschauer

Am Montag tritt die Regierung Marx zurück. Der Aktivist erfolgt, ohne daß vorläufig ein Ersatz vorhanden wäre und ohne den Willen der Krisenmacher, die Neubildung der Regierung zu übernehmen. Die Volkspartei hat inzwischen wieder Angst vor der eigenen Courage bekommen, und nur dieser Angst ist es zuzuschreiben, wenn Herr Stresemann sich am Sonnabend aus „gesundheitlichen Rücksichten“ in der Nähe von Berlin in ein Sanatorium begab. Er scheint sich inzwischen als der für den Bürgerblock ausreichende Kanzler davon überzeugt zu haben, daß die Zentrumspartei gar nicht daran denkt, sich aktiv an einem Bürgerblock zu beteiligen. Die Germania bestreitet diese Vermutung in ihrer Sonntagsausgabe, indem sie ganz offen sagt, daß eine aktive Mitarbeit nicht in Frage komme. Die Frage, welche Stellung das Zentrum zu einer Bürgerblockregierung, also einer Minderheitsregierung der ausserparlamentarischen Rechten, einnehmen wird, beantwortet das Blatt wie folgt:

„Nun, das wird ganz von der Politik abhängen, die dieses Kabinett treibt. Auf jeden Fall würde der Charakter eines solchen Kabinetts das Zentrum zu erheblicher Wachsamkeit zwingen. Im übrigen können wir in Seiner Ruhe abwarten und denen zunächst das Wort überlassen, die diese Krise herbeigeführt haben. Parteipolitisch gesehen, fühlen wir uns in der Rolle des Zuschauers vorläufig recht wohl. Was die Deutsche Volkspartei, die erklärt, sie würde hier und in der Rolle des Zuschauers sein, mit der Politik, die sie begonnen hat, zu tun hat, wie sie sich für das Zentrum gar keinen Anlaß, sich jetzt noch vorne zu drängen, und glauben, daß auch für und die Zeit kommt, wo wir ein wenig Deutsche Volkspartei spielen können und unferne erklären: Hier stehen wir, wir können auch nicht anders.“

Es ist mehr als fraglich, ob unter diesen Umständen ein Bürgerblock, oder sogar ein Rechtsblock, überhaupt zustande kommt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß ein Kabinett Marx nach einer oder zwei Wochen der Krise in mehr oder weniger veränderter Form wieder in Erscheinung tritt und nach dieser Regierung ein Kabinett

der großen Mitte die Geschicke des deutschen Volkes leiten wird.

## Der Eindruck in Frankreich

Paris, 14. Dezember. (Sig. Draht.) Die französischen Blätter beschäftigen sich über die am Sonnabend stattgefundenen Unterredung des deutschen Vizekanzlers in Paris mit dem Direktor des Auswärtigen Amtes ein baldmögliches Kommaniquo, in dem u. a. über die Reise des Herrn v. Doehs nach Berlin gefahrt wird, daß der deutsche Vizekanzler dort Gelegenheiten haben werde, den Reichspräsidenten über den schlechten Eindruck zu informieren, den es in Frankreich auslösen werde, wenn die Wahlen vom 7. Dezember, trotz der Wendung nach links, zur Bildung einer Rechtsregierung führen würden.

## Marx über die Regierungsbildung

Berlin, 15. Dezember. (Sig. Draht.) Gegenüber einem Vertreter der Wiener Neuen Freien Presse sprach sich Reichskanzler Marx über die Regierungsbildung aus. Er gab dabei an, daß im Herbst bei der letzten Regierungskrise die Zentrumspartei mit 48 gegen 17 Stimmen beschloß, sich an einer Koalitionregierung mit den Deutschnationalen zu beteiligen, wenn die Demokraten mitmachen. Er selbst habe mit der Wiedereinsetzung gestimmt, und zahlreiche Fraktionsmitglieder hätten lebhaft für die Rechtskoalition gestimmt, um die Demokraten für eine Beteiligung umzustimmen. Wörtlich erklärte dann Marx: „Jetzt, nach den Wahlen, lehnen die Demokraten jede Beteiligung an einer Koalitionregierung mit Einschluß der Deutschnationalen ab und man kann sich keine Hoffnung mehr machen, daß sie eine vermittelnde Lösung akzeptieren werden. Das Zentrum wird also, wenn es am Mittwoch zusammentritt, mit dieser Ablehnung der Demokraten als mit einer vollenständigen Aufgabe zu rechnen haben. Deswegen das Zentrum, in eine Koalition mit den Deutschnationalen einzutreten, so ist diese Koalition gescheitert, besteht es das Gegenteil, so ist die Bildung einer Koalitionregierung, an der die Deutschnationalen beteiligt sein würden, zum mindesten sehr erschwert. Wenn das Zentrum nicht teilnehmen will, würden die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen genötigt sein, allein die Regierung zu bilden, und ich kann mir nicht denken, daß sie Reue haben werden, diesen sehr gewagten Versuch zu machen.“

## Barbus

Von Robert Grösch

Als am Sonnabend die Nachricht eintraf, daß Genosse Barbus gestorben ist, werden manchem Dresdner Genossen alte Erinnerungen an jene Jahre 1896/97 aufgestiegen sein, da Genosse Dr. Helfand — Barbus war sein in jahrelangem Emigrantentum erhaltener Vork- und Kriegsname — in der Redaktion der Dresd. Volkszeitg. sah, die damals noch Sächsischer Arbeiterzeitung hieß. Manche unserer alten Leser werden sich entsinnen, mit welcher Fähigkeit, welcher Leidenschaft, welcher Unermüdbarkeit dieser geborene Journalist alle politischen Fragen behandelte, die ihm der Tag vor die Feder spülte. Und als ihn preussisch-sächsische Staatsgewalt schließlich auswich, spielte er der Polizei führe Kreise, die heute noch legendär im Kreise der Genossen von ehemals kurlieren. Aber schon damals war er mehr denn ein kosmopolitischer Revolutionär, mehr denn ein feuriger politischer Geist; schon damals stand er hervor durch Schriften, die das Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus bereicherten und erweiterten halfen. Da er aber nicht nur zu den geistig Bedeutendsten, sondern seit dem Weltkrieg auch zu den bestbelehrtesten Persönlichkeiten unserer Tages gehörte, sei hier eine Würdigung gebracht von einem, der ihn kannte und seinen Büchern manches dankt.

Mit Barbus ist einer der interessantesten, ungewöhnlichsten und unsterksten Köpfe der internationalen Arbeiterbewegung dahingegangen. Geboren 1867 im Kaukasus, umwehte ihn schon in seiner Kindheit die abenteuerliche Atmosphäre einer barbarischen Heimat, in der die ungeschriebenen Gesetze mehr galten als die geschriebenen. Als junger Student genoss er westeuropäische Bildung, stürzte sich auf den Sozialismus und war rasch mitten in der Arbeiterbewegung, bald in Rußland, bald — da die Schergen des Zarismus immer hinter den russischen Revolutionären her waren wie die Hühner — in Deutschland. In der russischen Revolution von 1905 stand er nach Trotski's Verhaftung an der Spitze des Petersburger Arbeiterrats, wurde einige Wochen später ebenfalls in die Peter-Bauls-Festung geworfen, denunziert, verbannt und entflohen wie Trotski in den Gefilden Vorderasiens auf abenteuerlichen Wegen. Mit Trotski gelangte er abgedrängt nach Deutschland. Aber auch hier hatte der Zarismus seine Mittel: die deutsche Polizei. Trotski ging nach der Schweiz, Barbus als Korrespondent der deutschen Parteipresse nach der Türkei.

1907 flammte hier die jungtürkische Revolution empor und beseitigte den Despotismus Abdul Hamids. Die Jungtürken verloren den Tripoliskrieg, brauchten militärische und wirtschaftliche Berater. Finanzpolitisch war Barbus' Spezialfach, kommerzielle Möglichkeiten und andre Perspektiven dachten: unabhängig sein, Geld erwerben, sich nach einem sümlischen, geordneten Leben endlich der wissenschaftlichen Schriftstellerei widmen können, ohne sich ewig als revolutionärer Emigrant im Schatten des Lebens umherdrücken zu müssen. Mit Energie stürzte sich Barbus auf die kaufmännische Tätigkeit, übernahm für die jungtürkische Regierung die Ausführung größerer Aufträge und legte den Grund zu einem Vermögen.

Nach Ausbruch des Weltkrieges tauchte Barbus in Deutschland wieder auf, gründete den Verlag für Sozialwissenschaften, gab die „Globe“ heraus und setzte sich für Deutschland ein. Der Kampf gegen den Zarismus blieb sein leitender Gedanke und wie viele andre in unsern Reihen sah er in einem etwaigen Siege des zaristischen Rußland die schlimmste Gefahr für Europa und den europäischen Sozialismus. War es richtig, war es falsch? Darüber sei heute nicht geredet, aber es war seine Ueberzeugung und dafür hat er so ziemlich alle Verunglimpfungen des politischen Kampfes geerbt.

Als menschenwissenschaftlicher Sozialist blieb er auch nach der bolschewistischen Oktoberrevolution auf Seiten der Menschheit. Das trug ihm eine bolschewistische Verleumdungskampagne ein, die ihn als einen pseudememokratischen Stimmabstempel suchte. Daß er während des Krieges nicht nur literarisch, sondern auch kommerziell tätig war, wurde mit ungeheuerlichen Verächtigungen und Entstellungen breitgetreten. In einer Broschüre stellte er die Verleumdungen — sie fehlten immer wieder. Wieviel aber lassen die Broschüre? So schwanke sein Charakterbild für viele heute noch in all den Farben, mit denen es von ganz links und rechts entstellt wurde.

Wer von denen, die Barbus kannten oder ihm nahestanden, möchte dafür bürgen, daß alle Wege dieses nun ausgedöckten stürmischen und abenteuerlichen Lebens unanfechtbar und untadelig waren? Seine geschäftlichen Unternehmungen sind wahrscheinlich vom bürgerlichen Standpunkt aus durch die Bank korrekt, ob auch vom Standpunkt sozialistischer Ethik: wer weiß etwas vorzubringen, wer will hier richten und welche Maßstäbe sind da gültig? Der Barbus des letzten Jahrzehnts stellt schließlich das in ihm fleischgewordene Problem dar: Darf sich der sozialistische Führer und Forscher neben dem politischen Gebiet auch auf dem kaufmännischen betätigen und bis zu welchem Ausmaß?

In politischen Kreisen wurde ihm von Betrachtern nachgelagt: sein Plan sei gewesen, den Kapitalismus durch Kapitalismus zu bekämpfen, ein „sozialistischer Stimmabstempel“ zu werden, der mit seinen Unternehmungen und seiner Kapitalistkraft zum Mittelpunkt und Stützpunkt der Arbeiterbewegung wird. Das Bild ist zwar etwas romantisch und sentimentalisch gezeichnet,

## Schutzzölle und Bodenrente

Nachdem die Reichstagswahl vorüber ist, wendet sich die politische Diskussion in verstärktem Maße den Aufgaben zu, die der neue Reichstag zu erledigen haben wird, und unter denen die Schutzzölle eine dominierende Stellung einnehmen. Gegen das Wiedereinführen der Schutzzölle hat der Vorkriegszeit wandte sich bereits eine im August dieses Jahres erschienene Rundgebung von Vertretern der Landwirtschaft. In der Rundgebung war der Mangel einer Begründung. Der Hinweis auf die gegenüber der Vorkriegszeit veränderte Wirtschaftslage genügt allein nicht.

Um so bedeutsamer erscheinen die Ausführungen, die der Leipziger Nationalökonom Professor Dr. Wiedenfeld, der frühere deutsche Geschäftsratgeber in Moskau, in der Reichstags-Wirtschafts- und Exportzeitung vom 28. November dieses Jahres macht:

„Daß unsere Landwirtschaft bei der gegenwärtigen und voraussichtlich noch lange anhaltenden Weltmarktlage mit Schutzzöllen bedient sei, kann nicht mehr angezogen werden. Das früher wichtigste Argument, das auch ich mir selbst zu eigen gemacht habe, trifft heute nicht mehr zu: die aus der landwirtschaftlichen Technik folgende Notwendigkeit, die vom Weltmarkt her kommende Senkung der Bodenrenten nicht zu vermeiden, sondern allmählich und langsam ersetzen zu lassen, hat heute ihre Bedeutung verloren, da die Bodenrenten, die den jeweiligen Pächtern belohnen zum größten Teil als Hypothekenschulden sich bemerkbar machen, dank der Inflation sowie verdrängten sind, und wir mehr die Möglichkeit noch auch irgendwelche Ueberreste dieser Quelle arbeitslosen Einkommens jetzt wieder zum Sprudeln zu bringen.“

Der durch die Inflation bewirkten Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes wird hiernach entscheidende Bedeutung beigemessen sein. Bei Nachprüfung der Frage, in welcher Höhe sich das höchst unrentable Geschenk der Schuldtilgung an die Landwirtschaft bewegt, verliert die Statistik. Sie läßt nur die Reueintragungen und Abschreibungen erkennen, nicht aber die Höhe der Verschuldung. Eine Vorstellung kann man vielleicht durch folgende Berechnung gewinnen, die jedoch den Anspruch auf siffernmäßige Genauigkeit nicht erhebt. Nachregel schätzt in einer 1910 erschienenen Arbeit den Wert des ländlichen Grundbesitzes in Preußen 1906 auf 37,5 Milliarden. Nimmt man für die hypothekarische Belastung, die in den verschiedenen Provinzen und in den einzelnen Grundbesitzklassen zwischen 25 und 40 Prozent schwankt, einen Durchschnitt von nur 40 Prozent an, und bringt man 25 Prozent in Abzug, die auf die durch den Friedensvertrag bedingten eingegangenen Gebiete entfallen, so ergibt sich bei einem Aufwertungsfaktor von 15 Prozent für Preußen allein die Summe von rund 10 Milliarden, für deren Verzinsung die Landwirtschaft nicht mehr aufkommen braucht. Und dazu das übrige Deutschland! Daß eine weitgehende Wegweisung dieser Inflationsergebnisse im Falle des Wegwechfels zur Verzinsung ihrer Kapitalisierung dem Wirtschaftsgesühl und dem Stand der Finanzanlagen entsprechen würde, ist hier nicht erörtert, sondern

nur erwähnt. Hier handelt es sich nur um die Feststellung, daß die Landwirtschaft nach der Seite des Grundkredits hin eine Entlastung erfahren hat, die einen besonderen Schutz nicht gerechtfertigt erscheinen läßt.

Der heutige Befugter wird dauernd im Genuß der durch die Inflationserhöhung erwandenen Bodenrente bleiben, der Nachbesitzer dagegen wird sie mit seinem Kaufpreis voll und ganz kapitalisieren, wobei es gleichgültig ist, welchen Anteil das Reich für sich in Anspruch nimmt. Er wird aber mit seiner Kaufsumme auch den Mehrertrag zu kapitalisieren haben, der sich durch eine Steigerung des Reinertrages infolge Einführung von Schutzzöllen ergibt. Schutzzöll, erhöhter Reinertrag, erhöhter Wert des Grund und Bodens, erhöhter Kaufpreis des Bodens: das ist die zwangsläufige Entwicklung, für deren Unerbittlichkeit die Geschichte des ländlichen Grundbesitzes in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege den schlagendsten Beweis liefert. Der preussische Landwirtschaftsminister von Arnim hat am 7. Februar 1907 im preussischen Abgeordnetenhaus dargelegt, daß die Preise des Grund und Bodens in geradezu bedrohlicher Weise gestiegen seien, so daß der Käufer der Getreidezölle nicht nur ausgeglichen sei, sondern sich leicht in das Gegenteil verwandeln könne. Hieraus ergibt sich aber, daß von einer produktionsfördernden Wirkung der Agrarzölle keine Rede sein kann, daß sie vielmehr Bodenrenten erzeugen, die den Befugten von heute aufstehen und ihnen auch nach Abgabe ihres Besitzes weiter zuschießen werden, ohne der Landwirtschaft als solcher auch nur im geringsten zugute zu kommen.

Mit diesen Ausführungen soll der augenblicklich sehr starke Kreditbedarf der Landwirtschaft nicht bestritten werden. Hier handelt es sich jedoch um eine Form des Kredits, die ihrem Wesen und der Art ihrer Verschaffung nach vom Grundkredit streng auseinanderzuhalten ist, um den Betrieb- oder Wirtschaftskredit. In dieser Hinsicht befindet sich die Landwirtschaft in der gleichen kritischen Lage wie alle übrigen Produktionszweige der deutschen Wirtschaft. Ihre Situation verschärft sich allerdings durch zwei Momente: Erstens ist der noch in der Zeit der Inflation veräußerte Teil der vorjährigen Ernte ihr völlig verloren, und zweitens bewegen sich die Preise der Produktionsmittel, die für die Industrie liefert, auf kaum tragbarer Höhe. So tritt die Landwirtschaft in der Zeit größter Kapitalknappheit mit Betriebskreditforderungen hervor, die die normalen Zeiten wesentlich übersteigen. Hier Hilfe zu bringen, ist Sache der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen, unter denen der Rentenbank nach ihrer Umwandlung zur Agrarkreditbank eine hervorragende Rolle zugehört ist. Ihren Weg organischer Hilfe zeigt Wiedenfeld in dem gleichen Weg:

„Die Lösung ... die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb beruht den hohen Kosten der laufenden Produktion jetzt liegt und sie der ausländischen Konkurrenz gegenüber in Nachteil bringt, hängt mit den hohen Preisen der industriellen Produktionsmittel zusammen und wird daher besser durch einen Abbau der industriellen Schutzzölle bekämpft, als daß man sie durch agrarische Schutzzölle zu einer unabhängigen Verschönerung macht.“